

Von der Heidelberger Versammlung zur Paulskirche

VON CAROLIN MÜLLER

Der Titel der Ausstellung und auch dieses Aufsatzes kennzeichnet die Heidelberger Versammlung als eine Station auf dem Weg zur Frankfurter Nationalversammlung. Hauptintention der in Heidelberg versammelten Männer war, die Voraussetzungen für die Wahl einer deutschen, gesamtstaatlichen Nationalvertretung zu schaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, einigten sich die Teilnehmer auf zwei Wege, die den verschiedenen politischen Gruppierungen, die auf der Versammlung vertreten waren, gerecht werden sollten: zum einen den Weg der Legalität, zum anderen den der direkten Aktion.¹ Der zweite Weg wurde verwirklicht durch die Bildung einer Kommission aus sieben Männern, Binding, Heinrich von Gagern, Itzstein, Römer, Stedmann, Welcker und Willich, die die Aufgabe hatten, eine vorbereitende Versammlung (später Vorparlament genannt) einzuberufen, *welche die Grundlagen einer nationalen deutschen Parlamentsverfassung berathen sollte*.² Der erste Weg, der der Legalität, wurde beschritten durch einen Appell an die einzelstaatlichen Regierungen, möglichst schnell Wahlen zur Nationalversammlung auszuschreiben.

Der Bundestag, der „30 Jahre Zentrum des Widerstands gegen jeden Fortschritt in den deutschen Verfassungsverhältnissen gewesen“³ war, bemühte sich tatsächlich, von dem Ausmaß und dem Druck der revolutionären Volksbewegung überrascht, durch tiefgreifende Reformen sich in die neue Verfassungsbewegung einzuordnen bzw. diese sogar anzuführen. Schon Ende Februar setzte er einen politischen Aus-

schuß ein, der den Auftrag erhielt, *die Lage des Bundes ... in die ernsteste Erwägung zu ziehen und zu überlegen, welche Maßregeln sich bei dem dermaligen Zustand der Dinge als rätlich und als nöthig erweisen*.⁴ Außerdem wurde den Einzelstaaten überlassen, in Abweichung von den noch bestehenden Repressionsgesetzen, die Zensur aufzuheben und die Pressefreiheit einzuführen. Auch gestand der Bundestag auf Antrag des politischen Ausschusses ein, daß eine *Revision der Bundesverfassung auf wahrhaft zeitgemäßer und nationaler Grundlage nötig sei*.⁵ Außerdem wurden die Farben Schwarz-Rot-Gold, die der Bundestag lange als „Zeichen des Umsturzes“⁶ verfolgt hatte, zu Bundesfarben⁷ und der alte deutsche Reichsadler zum Bundeswappen erklärt. Am 10. März beschloß der Bundestag zudem die Berufung von *Männern des allgemeinen Vertrauens*, des sogenannten Siebzehner-Ausschusses, der die Aufgabe hatte, die Bundesverfassung zu reformieren. Diesem Siebzehner-Ausschuß gehörten prominente Vertreter der liberalen Bewegung wie Bassermann, Jordan und Gervinus an.⁸ Auch kam es zu personellen Veränderungen im Bundestag. Die zu liberalen Kabinetten umgebildeten Ministerien entsandten in vielen Fällen neue Bevollmächtigte nach Frankfurt: Baden etwa den profilierten oppositionellen Politiker Karl Theodor Welcker.

Diese Reformen der alten Institutionen wurden von den Zeitgenossen unterschiedlich beurteilt. Während von liberaler, gemäßigter Seite diese Veränderungen begrüßt wurden⁹, wurde dagegen von radikal-demo-

Der Ausschuß, welchen die zu Heidelberg am 5. März versammelten deutschen Männer beauftragten, vorläufig die Grundlagen einer nationalen deutschen Parlamentsverfassung zu beraten, hat über diese Grundlagen sich soweit geeinigt, daß dieselben einer größeren Versammlung der Männer des Vertrauens unseres Volkes zur weiteren Berathung vorgelegt werden können. Wir laden demgemäß alle früheren oder gegenwärtigen Ständemitglieder und Theilnehmer an gesetzgebenden Versammlungen in allen deutschen Landen (natürlich Ost- und Westpreußen und Schleswig-Holstein mit einbegriffen) hiermit ein, sich Donnerstag 30. März in Frankfurt a. M. zu dieser Berathung einzufinden. Eine bestimmte Anzahl anderer, durch das Vertrauen des deutschen Volkes ausgezeichneten Männer, die bisher nicht Ständemitglieder waren, werden noch besondere Einladungen erhalten. Alle diejenigen, welche dieser Einladung Folge leisten, bitten wir, am 30., als dem Anmeldungstage, oder vor der ersten Sitzung am 31. in dem Anmeldebureau, welches die Frankfurter Blätter noch besonders bezeichnen werden, ihre Namen einschreiben und ihre Eintrittskarten abholen zu wollen. Heidelberg, 12. März. Binding I. Gager. Jßstein. Römer. Stettmann. Welcker. Willich.

Einladung des Siebener-Ausschusses zum Vorparlament, Deutsche Zeitung vom 14. März 1848. (HSH)

kratischer Seite befürchtet, daß die Reform-initiativen des Bundestages in erster Linie eine Revolution verhindern sollten. Die Demokraten forderten eine ausschließliche Machtkonzentration auf die revolutionäre Bewegung. So schrieb die Mannheimer Abendzeitung, ein Sprachrohr der Radikalen um Gustav Struve: *Einer Mittheilung der deutschen Zeitung zufolge nehmen „die Verhandlungen über Bundesreform raschen Fortgang“, (recht löblich!) und will man „in dieser Angelegenheit mit Württemberg, Baiern, Sachsen, Preußen gemeinschaftliche Schritte thun“ (auch gut.) Ferner „wollen die Regierungen die Sache selber in die Hand nehmen, um die Leitung der Angelegenheiten nicht zu verlieren“, (wie fein!) „So wenig man auch den beratenden Versammlungen von anderer Seite entgegen-*

treten will“. (S'ist wirklich sehr großmüthig!) Hier einige Worte, in Bezug auf diese Mittheilung: Wir zweifeln nicht an dem guten Willen einiger süddeutscher Regierungen, aber es darf nicht sein, daß Fürsten und deren Regierungen, „die Sache des deutschen Volkes allein in die Hand nehmen wollen“. Die Fürsten und Minister, welche dem Volke bis heute seine Rechte vorenthalten konnten, welche verhaßte Konferenzbeschlüsse vertheidigten und vollzogen, welche die Kerker mit Männern der Freiheit und der Völker anfüllten – verdienen kein Vertrauen! ... Nein, wir wollen die Wiedergeburt Deutschlands vom Volke aus und werden sie, aller Hindernisse ungeachtet, auch erreichen! Wir wollen ein Volksparlament ... Wir wollen ein Parlament aus dem Volke und für das Volk! Die-

*ses sei des einigen Deutschlands gesetzgebender Körper und die Fürstlichen Regierungen mögen seine Beschlüsse vollziehen.*¹⁰ Die Hoffnungen der Demokraten lagen also, abgesehen von den Erwartungen, die sie an weitere revolutionäre Aktionen knüpften, vor allem im Vorparlament, welches am 31. März in Frankfurt eröffnet wurde.

Der Siebener-Ausschuß hatte *alle früheren und gegenwärtigen Ständemitglieder und Theilnehmer an gesetzgebenden Versammlungen in allen deutschen Landen eingeladen, sich Donnerstag 30. März in Frankfurt a. M. ... einzufinden.* Eine bestimmte Anzahl anderer durch das Vertrauen des deutschen Volkes ausgezeichneten Männer, die bisher nicht Ständemitglieder waren, erhielten besondere Einladungen (darunter z.B. Robert Blum, ein populärer Führer der sächsischen Demokraten).¹¹ Am 31. März trat das Vorparlament feierlich im Saale des Römer zusammen, die Sitzungen fanden in der Paulskirche statt. Zusammengekommen waren 574 Männer, unter denen die meisten führenden Köpfe der liberalen Mitte und der Demokraten vertreten waren. Ludwig Bamberger, der als Journalist dem Vorparlament beiwohnte, gibt in seinen Erinnerungen eine anschauliche Beschreibung einiger Parlamentarier: *Hier sah ich zum ersten Male die Männer, welche in den nächstfolgenden Zeiten zu vergänglichem oder bleibendem Ruhm, zu Helden oder zu Verfehmten volkstümlicher Ausbrüche werden sollten. Da waren vor allem die gefeierten Parlamentarier der badischen Kammer, der alte Itzstein, ein scharf geschnittener Kopf, dessen von beiden Schläfen aufwärts zusammenstrebende, weiße Haare ihm das Ansehen eines ehrwürdigen, aber strengen Vaters aus einem Ifflandschen Stück gaben. Daneben Professor Welcker mit einem grimmigen Ausdruck in Mienen, Bewegungen und Spra-*

*che, der dicke Advokat Soiron, auf dessen breit hervorragender Weste eine dicke Uhrkette befriedigt hin und her pendelte. Dann Friedrich Hecker, ein blauäugiger Jünglingskopf mit schönem Haar und Bart, feurig und fröhlich in die Welt hineinschauend und provozierend. Struve, unansehnlich und säuerlich wie ein Vegetarianer und Phrenologe, der er war. Robert Blum, bei dessen Anblick man zweifeln konnte, ob er ein Brauer oder ein Zimmergeselle sei, vierschrötig, eckig, struppig, strumpfnasig, durch und durch derb, meist in Hemdärmeln, wie geschaffen, das idealisierte Proletariat zu repräsentieren, dabei nicht ohne eine gewisse autoritäre und imponierende Wirkung in seinem Auftreten ... Darmstadt hatte vor allem seinen Gagern geschickt, damals ein Idol, von dem man sich Unendliches versprach, äußerlich ganz dazu angethan, für einen großen Staatsmann zu gelten, auf mittelgroßem Körper ein schönes feierliches Haupt mit stark gewölbten Brauen, einem gebieterischem Mund und feierlichem Organ.*¹²

Vorrangige Aufgabe des Vorparlaments war, die Nationalversammlung, vor allem die Wahlen, organisatorisch vorzubereiten. Inwieweit darüber hinaus über die Grundlagen der künftigen Nationaleinheit entschieden werden sollte, war unter den verschiedenen politischen Gruppierungen strittig. Der Siebener-Ausschuß hatte ein Reformprogramm entworfen, welches den Faden der Beratungen im Vorparlament bilden sollte und vier wesentliche Punkte umfaßte: 1. die Einsetzung eines Bundesoberhauptes mit verantwortlichen Ministern, 2. die Umwandlung des Bundestages in einen Senat der Einzelstaaten, 3. die Wahl eines *Haus des Volkes* in direkten Wahlen, 4. eine Kompetenzverschiebung zugunsten des Bundes in den Bereichen Heer, Außenpolitik, Handel und Recht, im Freiheitschutz und in der Garantie der Grundrech-

te.¹³ Es war vorgesehen, daß jeder Redner nur zehn Minuten das Wort erhalten und sich das Vorparlament nach zwei Tagen wieder auflösen sollte. Man rechnete im Ausschuß also mit einer schnellen Zustimmung zu dem Programm, was sich als Fehleinschätzung erwies.

Da die Siebener keine besondere Vollmacht hatten, ein solches Grundsatzprogramm festzulegen und das Vorparlament darauf zu verpflichten, legte die Linke ihrerseits zur Eröffnung ein umfangreiches Programm vor, welches in Konkurrenz zu dem der Siebener stand. Diese sogenannten 15 Punkte Struves enthielten u.a. die Forderungen: Abschaffung der stehenden Heere, die *Abschaffung aller Vorrechte, ... insbesondere des Adels, der Privilegien des Reichthums, Census, der bevorzugten Ge-*

richtsstände, und Ersetzung derselben durch ein allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht, die Aufhebung der Klöster, die Trennung von Kirche und Staat, Abschaffung aller Beschränkungen der persönlichen Freiheit, die *Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital*, die Aufhebung der Zerrissenheit Deutschlands, die Abschaffung der Monarchie und die *Ersetzung derselben durch frei gewählte Parlamente*. Schließlich verlangte Struve, daß sich das Vorparlament für permanent erklären und erst auseinandergehen solle, wenn die frei gewählte Nationalversammlung sich konstituiert habe.¹⁴

Ein solch weitreichendes Programm, das in keiner Weise konsensfähig war, stieß auf Empörung bei vielen Abgeordneten. Abgesehen von den prinzipiellen politischen



Robert Blum war eine Leitfigur der Linken. Auf einer Volksversammlung in Heidelberg im Juli 1848 nannte ihn Bürgermeister Winter „mein lieber Sohn, an dem ich Wohlgefallen habe“ und inspirierte damit diese Karikatur. (KMH)

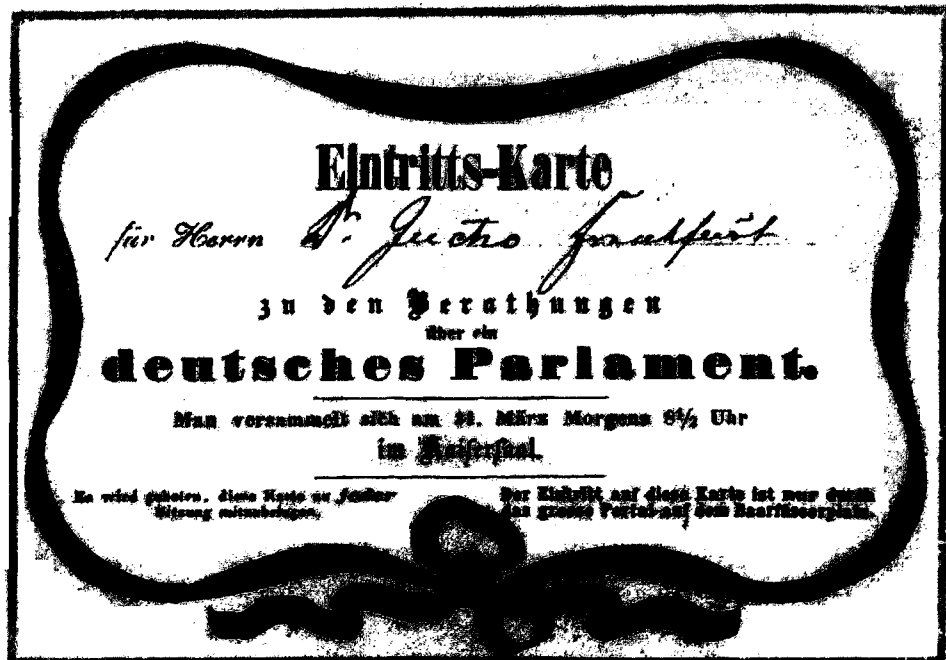
Diskrepanzen wurde vor allem darauf hingewiesen, daß das Vorparlament nicht vom Volk legitimiert sei, da die Mitglieder nur von den Siebenern zur Beratung geladen, nicht aber vom Volk gewählt waren, und daß somit die Versammlung auch nicht berechtigt sei, über Grundfragen wie Monarchie oder Republik schon vor Zusammentritt der Nationalversammlung zu entscheiden. So entwickelte sich aus dem radikal linken Programm eine grundsätzliche Debatte über die Kompetenz des Vorparlaments und damit verbunden auch über die Frage, ob es überhaupt ein Recht habe, zusammenzubleiben, bis sich die Nationalversammlung konstituiert habe, da es somit einen größeren Machtfaktor darstellen würde als von den Initiatoren geplant.

Die Forderung nach Permanenz des Vorparlaments begründete Friedrich Hecker wie folgt: *Meinen Sie denn, unser Volk glaube, wir seien hierher gekommen, um mit einigen Reden in einem Programm nach zwei mal vier und zwanzig Stunden wieder auseinander zu gehen? Nein, es blickt auf uns und sucht in uns einen Sammelpunkt ... Man hofft, daß wir permanent zusammen bleiben, bis die Nationalversammlung zusammen gekommen ist. (Bravo. Mehrere Mitglieder verlangen Abstimmung, wogegen andere sich gegen alsbaldige Abstimmung erheben.) Wenn wir nicht beisammen bleiben und nicht die einzige Drohung, die uns auf legalem Wege zu Gebote steht, nämlich die des Beisammenbleibens gebrauchen, so haben wir die Sache der Freiheit um fünfzig Jahre zurückgeschoben. (Wiederholtes Bravo.)*¹⁵

Die gemäßigte Linke, vertreten durch Venedey, hatte jedoch Bedenken gegen eine nicht vom Volk legitimierte Machtkonzentration: *Ich glaube, daß wir noch gar nicht darüber im Reinen sind, was wir unter Permanenz zu verstehen haben. Wenn die Ansichten dahin gingen, daß wir alle Tage*

*hier sitzen und zusammenkommen sollten, so wäre ich dagegen. Versteht man aber darunter eine moralische Permanenz, nämlich die Wahl eines Ausschusses, der hier bleiben und die Versammlung zusammenrufen soll, wenn er es für nöthig hält, so erkläre ich mich dafür. Gegen eine Permanenz der erst bezeichneten Art stimme ich aus mehreren Gründen. Der erste Grund ist, daß diese Versammlung eine ganz zufällige ist. Man hat gesagt, wir seien die Vertreter des Volks. Ich antworte aber, wir sind es nicht ... Bleiben wir zusammen, so beginnen wir die gesetzgebende Versammlung, was nicht unsere Absicht sein darf ... In Hecker sehe ich den Vertreter einer Partei, allein dieser ist auch der Vertreter meiner Partei und ich stimme sonst mit Hecker. Er ist aber hier auf dem verkehrten Wege, ... auf dem Wege, den Frankreich gegangen ist, den wir aber nicht gehen wollen.*¹⁶

Die Idee der Bildung eines Ausschusses, der einerseits sicherstellen sollte, daß die Organisation der Wahl zur Nationalversammlung nicht aus der Hand der revolutionären Bewegung geriet und andererseits auch keine illegitime Machtkonzentration darstellte, durchzog die weitere Debatte. Nachdem Wesendonck, ein gemäßigter Demokrat, die ursprünglich im Parlament vorgebrachte Idee eines 15-köpfigen Ausschusses, der dem Bundestag nebengeordnet werden sollte, dahingehend modifiziert hatte, daß der Ausschuß sowohl personell verstärkt (50 Mitglieder) als auch mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet werden sollte, zeichnete sich ein Konsens ab. Die Versammlung beschloß, einen Ausschuß zu wählen, der die Bundesversammlung einladen sollte, *mit ihm bis zum Zusammentritt der konstituierenden Versammlung in Vernehmen zu treten*, d.h. der mit der Bundesversammlung zusammenarbeiten sollte und außerdem das Recht hatte,



Eintrittskarte Friedrich Siegmund Juchos zu den Vorparlamentsberatungen. (HMF)

bei eintretender Gefahr des Vaterlandes die gegenwärtige Versammlung sofort wieder einzuberufen.¹⁷

Die Debatte über die Wahlen, die im Anschluß stattfand, war weniger kompliziert, jedoch in manchen Teilen langatmig. Bei den wichtigen Sachentscheidungen herrschte weitgehende Übereinstimmung zwischen den politischen Gruppen, dafür wurde bei manchen Detailfragen umso zäher verhandelt. Die Kluft zwischen Liberalen und Demokraten war tiefer geworden. Das Wahlgebiet, auf das man sich einigte, umfaßte grundsätzlich das Gebiet des Deutschen Bundes. Dazu kamen die Provinzen Ost- und Westpreußen. In der schleswig-holsteinischen Frage entschloß man sich, nicht nur das bundeszugehörige Holstein, sondern auch das nicht zum Bundesgebiet zählende Schleswig miteinzubeziehen; die Teilnahme der Provinz Posen wurde dage-

gen offengelassen. In Bezug auf Österreich wurde beschlossen, daß es mit seinen bundeszugehörigen Gebieten einbezogen werden sollte, also einschließlich Böhmen und Mähren. Als Wahlverfahren wurde die direkte Wahl empfohlen (die endgültige Entscheidung wurde den Einzelstaaten überlassen), und zwar eine Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen mit etwa 50.000 Einwohnern. Es galt das allgemeine und gleiche Wahlrecht, Geburts- und Berufsstand, Volkszugehörigkeit, Glaubensbekenntnis, Besitz- und Einkommensverhältnisse machten keinen Unterschied. Wahlberechtigt sollte jeder volljährige, selbständige, männliche Staatsbürger sein; wer allerdings selbständig sei, blieb in der Auslegung auch den Einzelregierungen überlassen. Zumeist wurde als unselbständig betrachtet, wer Armenunterstützung bezog, keinen eigenen Hausstand unterhielt und wer zu Lohn

und Kost in einem abhängigen Dienstverhältnis stand. Wurden diese Bestimmungen streng ausgelegt, wie in Sachsen, Hannover und Baden, blieben sowohl das ländliche und städtische Gesinde als auch die im Haus des Meisters wohnenden Handwerksgesellen ausgeschlossen, insgesamt bis zu 30 Prozent der volljährigen, männlichen Bevölkerung. In Preußen praktizierte man dagegen die geringsten Einschränkungen (etwa 5 bis 10 Prozent), so daß durchschnittlich schließlich mindestens 75 Prozent der volljährigen männlichen Bevölkerung an den Wahlen zur Nationalversammlung teilnehmen konnte, was für damalige europäische Verhältnisse eine sehr breite Grundlage war.¹⁸ Unter Berücksichtigung späterer Wahlrechtskontroversen in der Nationalversammlung verwundert es, daß die Liberalen nicht versuchten, weitere Einschränkungen des Wahlrechts geltend zu machen; vermutlich wollten sie in dem Punkt absehbare Konflikte mit den Demokraten vermeiden.

Heftiger wurde die Debatte im Vorparlament wieder am nächsten Sitzungstag, als die Linke einen neuen Vorstoß wagte, der die Zusammenarbeit des Ausschusses mit der Bundesversammlung betraf. Sie forderte in einem von Blum vorgetragenen Antrag: *die Versammlung soll erklären, bevor die Bundesversammlung die Angelegenheit der Gründung einer konstituierenden Versammlung in die Hand nimmt, möge sich dieselbe von den verfassungswidrigen Ausnahmsbeschlüssen lossagen und die Männer aus ihrem Schooß entfernen, die zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt haben.* Unterzeichnet hatten Zitz, Strecker, Jacoby, Vogt, v. Behr, Duprez, v. Itzstein, Leisler sen., Leisler jun., Wuttke und Blum.¹⁹ Zitz aus Mainz lieferte die Begründung zu diesem Antrag: *Der Gagern'sche Antrag erklärt, daß der von Ihnen zu wählende Ausschuß neben und*

*mit dem Bundestage die jetzt erforderlichen Beschlüsse zur Berufung der Nationalversammlung fassen soll, er gibt also dem Bundestag einen förmlichen Beirath, und wenn er auch dem Ausschusse besondere Rechte zuweist, so ist doch die Bundesversammlung der leitende Körper dieses Ausschusses, das, meine Herren, macht uns bedenklich, und ich glaube, die Mehrzahl von Ihnen wird dieses Bedenken tragen ..., wir wollen auch dem Bundestage nicht nachtragen, was er an Deutschland verbrochen hat; aber soll der Ausschuß, der aus dieser Versammlung hervorgeht, mit dem Bundestage thätig sein, so dürfen keine störenden, keine vergiftenden Elemente darin thätig sein ... geben Sie uns die Sicherheit, daß wir nicht vor ganz Deutschland erklären, daß diese Versammlung aus so unwürdigen Männern sich mit diesem unwürdigen Bundestag auf eine Linie gestellt hat.*²⁰

Der Antrag erregte bei den Liberalen vor allem durch seinen ultimativen Charakter Anstoß. Dies machte Bassermann in seiner darauffolgenden Rede deutlich, doch vollführte er, statt den Antrag vollständig zu verwerfen, was einen Bruch mit der gesamten Linken hätte herbeiführen können, einen eleganten Schachzug und änderte nur ein Wort des Antrags, nämlich *bevor* zu *indem*.²¹ Damit blieb der Sinn erhalten, nur der Zeitpunkt der personellen Säuberung des Bundestags wurde nicht festgelegt, der ultimative Charakter ging verloren. Struve stellte daraufhin heraus, daß die beiden Anträge sich wie *Wort und That* unterschieden, der Antrag Bassermann sei nur ein Wort, und ob darauf *die entsprechende Thatsache folgen* werde oder nicht, das wisse man nicht. Außerdem drohte er, daß der von ihnen gestellte Antrag der letzte Versuch von ihrer Seite sei, ob sie *noch weiter fort mit dieser Versammlung wirken und mit derselben zusammenbleiben könnten*.²²

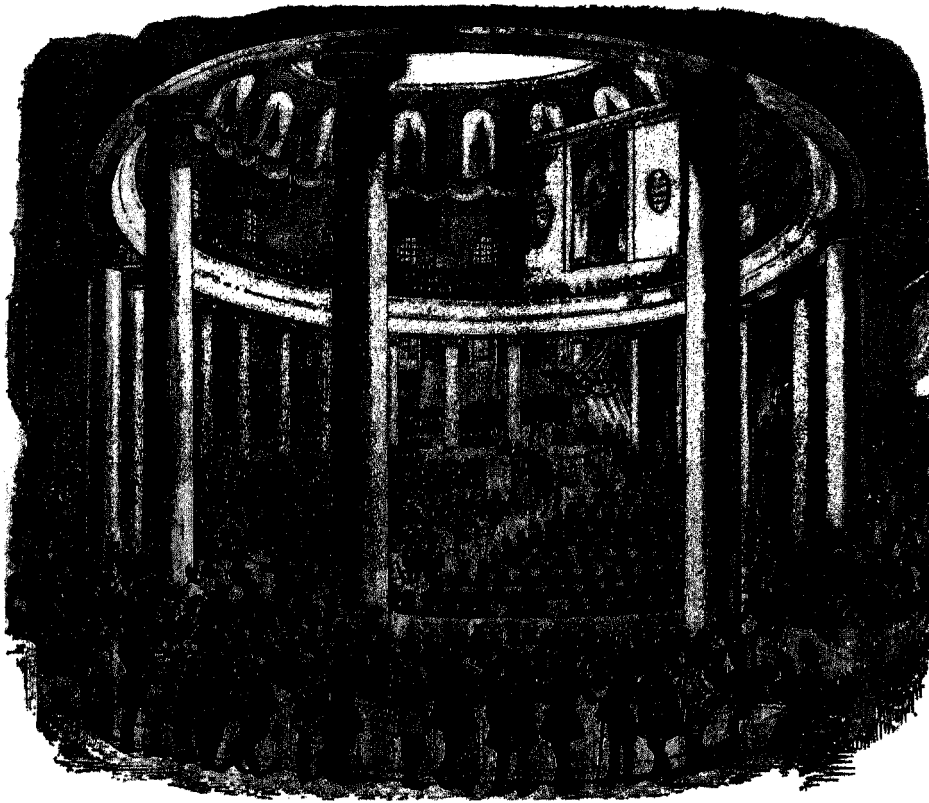
Nachdem die Mehrheit sich für den Antrag Bassermanns entschieden hatte, verließ daher Hecker mit 40 seiner Gesinnungsgenossen das Vorparlament. Er hatte gehofft, daß sich die ganze Linke vom Vorparlament distanzieren würde und damit nur noch ein Rumpfparlament übrigbliebe. Da jedoch die gemäßigte Linke in der Versammlung verblieb, wurde das Parlament gerettet. Dagegen vollzog sich ein Bruch innerhalb der Linken. Der Auszug Heckers war ein Fehlschlag. *Wenn Hecker die Absicht gehabt hätte, die Schwäche seines unbedingten Anhangs zu zeigen, er hätte nicht anders handeln können*²³, meinte Friedrich Christian Wurm später in einem

Zeitschriftenaufsatz. Verstärkt wurde dies dadurch, daß der Bundestag noch am selben Tag auf den verabschiedeten Antrag einging und beschloß, daß *die gedachten beanstandeten Ausnahmegesetze und Beschlüsse für sämtliche Bundesstaaten aufgehoben, mithin als bereits völlig beseitigt zu betrachten und wo es noch erforderlich befunden werden sollte, darüber die nöthigen Bekanntmachungen zu erlassen seien*.²⁴ Damit war das Ziel des Antrags erreicht.

Am letzten Tag stand die Wahl des Fünfziger-Ausschusses an. Die Diskussion beschränkte sich dabei darauf, ob die ausgetretene Minorität mit auf die Wahllisten

Die Debatten im Vorparlament verliefen weniger festlich als die Eröffnung am 31. März 1848. (BAF)





Das Publikumsinteresse bei den Tagungen des Vorparlaments war groß. (BAF)

gesetzt werden sollte oder nicht. Die Liberalen waren weitgehend dagegen, die Linke sprach sich dafür aus, so Franz Raveaux: *man hat das Prinzip aufgestellt, man müsse die Minorität bei dieser Wahl des Ausschusses nicht mit concurriren lassen ... Ich sage, wenn dieses geschehen ist, so halte ich es für einen Act der Ungerechtigkeit. ... Wollen wir Deutschland so vertreten, wie es vertreten werden soll, dann müssen alle Parteien im Ausschuß eine Stimme haben.*²⁵ Man entschied letztlich, daß Hecker und Struve mit auf die Wahllisten zu setzen waren; jedoch sicherte keine besondere Klausel die Mitgliedschaft der Radikalen im Ausschuß. Das Ergebnis der Wahl war eine paritätische Besetzung des Aus-

schusses durch die beiden großen Gruppen (Liberalen und gemäßigte Linke), Hecker fiel jedoch als 51., Struve als 62. heraus. Die Wahl Heckers und Struves in den Ausschuß hätte vielleicht ihre endgültige Abkehr von der parlamentarischen Bewegung verhindern können, denn erst damit lösten sich die radikal-demokratisch Revolutionären unwiderruflich von den Gemäßigten.

Die Debatten im Vorparlament waren insgesamt chaotisch, es wird oft als *das wilde Parlament* bezeichnet. Die von den Siebenern angestrebte Fülle von Sachentscheidungen konnte es nicht bewältigen, da zuviel Unerwartetes auf die Tagesordnung kam. Trotzdem zeigte man sich von liberaler Seite aus insgesamt zufrieden mit

den Leistungen und Ergebnissen des Vorparlaments. So schrieb die Deutsche Zeitung am 9. April 1848: *Wegen ihrer Ruhe und parlamentarischen Haltung wird die Frankfurter Versammlung schwerlich gepriesen werden; ein Kind dieser stürmisch bewegten Zeit, mußte sie alle Aufregung des Parteigeistes, all die Unruhe der Erwartungen und Befürchtungen in sich aufnehmen, welche die Stimmung unserer Tage beherrscht. Bunt zusammengesetzt aus Männern, die sich bis dahin meistens fremd waren, die zum großen Theil keine parlamentarische Erfahrung mitbrachten, mußte die Versammlung so wirr und undisciplinirt sein, wie sie sich namentlich in den ersten Stunden ihres Zusammenseins erwies; alle Untugenden eines erst im Werden begriffenen parlamentarischen Körpers, die Redseligkeit wie die Ungeduld, die Verwirrung, der Lärm, die vielköpfige Mannigfaltigkeit konnte namentlich bei einer deutschen Versammlung nicht so am ersten Tage ihres Zusammenfindens abgestreift sein. Wir wundern uns darüber nicht; wir sind eher darüber erstaunt, daß eine solche Versammlung in vier Tagen hat zu solchen Ergebnissen führen können.*²⁶

Resümierend kann man sagen, daß im Vorparlament ein Teil der Euphorie der Märzbewegung gedämpft wurde. Die Diskussion hatte die ganze Bandbreite der Positionen zu Tage treten lassen und dabei gezeigt, daß für alle Seiten tragbare Kompromisse manchmal nur sehr mühsam zu erreichen waren. Außerdem zerbrach die in der Heidelberger Versammlung zumindest noch nach außen gewahrte Aktionseinheit zwischen Liberalen und radikalen Demokraten in Frankfurt unwiderruflich.²⁷

Hecker versuchte nach dem Bruch mit dem Vorparlament, die deutsche Frage vom

äußersten Südwesten aus „nach seinen eigenen Maßstäben zu lösen“.²⁸ Alarmiert zum Handeln wurde er durch die Festnahme Ficklers, eines führenden Revolutionärs, am Karlsruher Bahnhof. Karl Mathy hatte, obwohl er als Kammerabgeordneter nicht zu solchen Handlungen befugt war, den zufällig am Bahnhof anwesenden Fickler von Polizeibeamten am 8. April verhaften lassen. Hecker fürchtete daraufhin für sich und seine Anhänger ähnliche Maßnahmen. Auf einer Volksversammlung am 12. April in Konstanz rief Hecker die Republik aus und forderte die allgemeine Volksbewaffnung. Er konnte in Konstanz etwa 6.000 Mann um sich scharen, dazu kamen Freischärler aus Basel und anderen Orten, und etwa tausend Handwerker, die der Literat Georg Herwegh, Organisator des Deutschen demokratischen Klubs in Paris, gesammelt hatte. Diese einzelnen Gruppen können allerdings nicht ohne weiteres addiert werden, da es nie zu einer geschlossenen Aktion kam. Die badische Regierung erbat zur Niederschlagung des Aufstandes eine militärische Intervention der Bundesregierung, die in Form des achten Bundeskorps aus hessischen und nassauischen Truppen, unterstützt von württembergischen und badischen Soldaten (insgesamt etwa 30.000 Mann) in Baden einrückte. Der entscheidende Zusammenstoß fand am 20. April bei Kandern statt und endete mit der schnellen Niederlage der Aufständischen. So war die erste revolutionäre Erhebung, später Heckerzug genannt, innerhalb von 14 Tagen gescheitert. Wichtig war, daß sich gezeigt hatte, daß der Großteil der Bevölkerung im Südwesten noch keinen radikalen Umstoß unterstützte (Hecker hatte mit mindestens 20.000 Anhängern gerechnet), sondern offenkundig Hoffnungen in

Gegenüberliegende Seite: Aufruf des Fünziger-Ausschusses vom 15. April 1848, sich dem bewaffneten Aufstand in Südbaden nicht anzuschließen. (BAF)

Der Fünfziger-Ausschuß an das Volk!

Im See- und Oberrheinkreise Badens wird ein Aufruf an das Volk verbreitet, nach welchem es an der Zeit sein soll, das, was die Verfasser jenes Aufrufs die Forderungen des Volkes nennen, mit den Waffen in der Hand zu verwirklichen. Die ganze Volkswehr des Seekreises soll sich am 14. April in Donau-erschingen bewaffnet einfinden, mit Munition, sowie mit Lebensmitteln auf sechs Tage versehen, und dort die weiteren Weisungen empfangen. Man will auf Rehl marschieren, sich mit der aus Frankreich kommenden Arbeiter-Freischaar verbinden und landab ziehen.

Männer in Baden, Württemberg, Rheinbaldern und Hessen! Zum Bürgerkriege, zu dem Aufreglichsten, was ein Land treffen kann, ruft man Euch auf! Ihr sollt die Waffen gegen Eure Mitbürger führen, um Meinungen einer Partei dem ganzen Deutschland aufzudrängen. Und das zu einer Zeit, wo der Wille des deutschen Volkes sich binnen wenigen Wochen in der konstituierenden Nationalversammlung ausdrücken wird, zu einer Zeit wo Deutschland im Begriff ist, den Forderungen aller seiner Stämme durch wahrhaftige Volksvertreter ihr Recht zu verschaffen.

Der Fünfzigerausschuß ist der Zuversicht, daß Ihr die Zumuthungen jenes Aufrufs mit Unterstützung von Euch weihen, und als freie Bürgerwehr, an der Seite der aufgeborenen Truppen, jenen Verblendeten mit Kraft entgegenzutreten werdet. Man will Euch überreden, daß die Euch zu Hülfe kommenden Bundesstruppen fremde Truppen seien. Freunde! es sind Eure Brüder, mit Euch aus einem Volke, mit Euch auf demselben Wege zur Freiheit und zur deutschen Einheit. Man will Euch überreden, daß durch diese Truppen reaktionärer Schritt unterstützt werden sollen. Seid versichert, daß wir mit kräftiger Hand jeden solchen Versuch befeitigen würden; die That hat gezeigt, daß wir den Willen und durch das Vertrauen des Volkes auch die Macht hierzu haben. Aber bedenkt, daß das Unheil der Reaction, wenn diese in Deutschland jetzt möglich, nur noch durch derartige gewaltsame Vernichtung aller staatlichen Ordnung herbeizuführen wäre.

Darum laßt uns mit aller Macht den Despotismus einzelner Parteien bekämpfen. In Euren Händen liegt das Heil Deutschlands; Ihr werdet Eure unermüdete Verpflichtung zu würdigen wissen.

Frankfurt a. M., den 15. April 1848.

Doiron,
Vorsigender.

Simon,
Schriftföher.

die parlamentarische Bewegung und damit auf die Paulskirche setzte.

So schien die erhoffte Einheit doch greifbar zu sein. Der vom Vorparlament eingesetzte Fünfziger-Ausschuß arbeitete in den eineinhalb Monaten seines Bestehens bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung unermüdlich im Kleinen: Er entsandte Mitglieder in viele Teile des Landes, verfaßte Weisungen an den Bundestag und an die Regierungen und veröffentlichte Proklamationen an das deutsche Volk, z.B. den Appell, sich dem Hecker-Aufstand in Südbaden nicht anzuschließen (siehe die Abb. auf S. 85).²⁹ Jedoch wurde auch im Fünfziger-Ausschuß der Makel, nicht vom Volk gewählt zu sein und damit eine geringe Entscheidungsbefugnis zu besitzen, immer wieder betont, womit durchgreifende Entscheidungen verhindert wurden. So resümierte L. Braunfels: *Sie [die 50er] handelten bedenklicher und gewissenhafter, als die Geschichte uns von den gesetzmäßigen Räten der Krone zu berichten pflegt. Vielleicht enthält diese Anerkennung, die wir dem Ausschuß zollen müssen, zugleich den stärksten Vorwurf gegen die politische Einsicht seiner Mitglieder.*³⁰ Der Ausschuß beendete seine Arbeit mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung.

Damit war auch der Weg, der durch die Heidelberger Versammlung begonnen hatte, zunächst beendet, denn das Ziel war erreicht. Wie einzigartig dieses vereinigte

Nationalparlament für Deutschland war und welch großes Ziel damit verwirklicht war, zeigt ein Auszug aus den Gesammelten Schriften von Radowitz, dem preußischen General und Politiker, der später in der Paulskirche zu einem Führer der Rechten wurde: *Unter diesen Umständen und Eindrücken trat im Mai 1848 die Nationalversammlung in Frankfurt a. M. zusammen. Zum erstenmale seit unvordenklichen Zeiten vereinigten sich unter Zustimmung und Anordnung sämtlicher Regierungen über 500 Männer aus allen Theilen Deutschlands; zum erstenmale saß der Holste und Ditmarse neben dem Tyroler und Allgäuer, der Pfälzer und Rheinfranke neben dem Schlesier und Deutschböhmen, alle dazu berufen und gewillt nicht bloß die augenblicklichen Wunden zu schließen, aus denen ihre besondere Heimath blutete, sondern die tiefen Gebrechen aufzusuchen und zu heilen die den Leib des großen gemeinsamen Vaterlandes zu so schwerer Krankheit hingetrieben hatten. Was man auch denken oder halten wollte von Allem was vorhergegangen, immer hätte Jeder der ein Herz für seine Nation in der Brust trug, welcher sonstigen politischen Parthei er auch angehören mochte, das Werk dieser einzig dastehenden Versammlung mit seinen heißesten Segenswünschen begleiten, immer Jeder an seiner Stelle Alles dazu thun müssen, um es zu gedeihlicher Vervollendung zu fördern.*³¹

ANMERKUNGEN

- 1 Zu dieser Begrifflichkeit vgl. E. R. Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. 2: *Der Kampf um Einheit und Freiheit 1830–1850*, Stuttgart u.a. 1960, S. 593f.
- 2 Einladung der Siebener zum Vorparlament, in: *Deutsche Zeitung* Nr. 74 vom 14. März 1848.
- 3 Huber (wie Anm. 1), S. 595.
- 4 Protokoll der Bundesversammlung vom 29.2.1848, 9. Sitzung, § 103. Mitglieder des Ausschusses waren die Bundestagsgesandten von Preußen, Bayern, Sachsen, Baden und Holstein.
- 5 Protokoll der Bundesversammlung vom 8.3.1848, 15. Sitzung, § 133.
- 6 Huber (wie Anm. 1), S. 595.
- 7 Protokoll der Bundesversammlung vom 9.3.1848, 16. Sitzung, § 137.
- 8 Vollständige Auflistung bei Huber (wie Anm. 1), S. 596.
- 9 Vgl. z. B. *Deutsche Zeitung* Nr. 81 vom 21. März 1848.
- 10 *Mannheimer Abendzeitung* Nr. 77 vom 18. März 1848.
- 11 *Deutsche Zeitung* Nr. 74 vom 14. März 1848.
- 12 Ludwig Bamberger, *Erinnerungen*, hg. v. P. Nathan, Berlin 1899, S. 52.
- 13 [F. S. Jucho, Hg.], *Verhandlungen des Deutschen Parlaments*, 1. Lieferung, Frankfurt a. M. 1848, S. 1f.
- 14 Ebd., S. 5ff.
- 15 Ebd., S. 14f.
- 16 Ebd., S. 80f.
- 17 Ebd., S. 173.
- 18 Vgl. dazu W. Siemann, *Die Deutsche Revolution von 1848/49*, Frankfurt a. M. 1985, S. 84ff. und K. Obermann, *Die Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung im Frühjahr 1848*, Berlin 1985.
- 19 Jucho (wie Anm. 13), 1. Lieferung, S. 99.
- 20 Ebd., S. 99ff.
- 21 Ebd., S. 101f.
- 22 Ebd., S. 106.
- 23 [F. Ch. Wurm], *Das Vorparlament*, in: *Die Gegenwart* 2 (1849), S. 682–707, hier: 700.
- 24 Protokoll der Bundesversammlung vom 2. April 1848, 27. Sitzung, § 214, vgl. auch Jucho (wie Anm. 13), 1. Lieferung, S. 123.
- 25 Jucho (wie Anm. 13), 1. Lieferung, S. 89.
- 26 *Deutsche Zeitung* Nr. 100 vom 9. April 1848.
- 27 Vgl. G. Wollstein, *Das Vorparlament*, in: *Die Deutschen und die Revolution*, hg. v. M. Salewski, Göttingen u. Zürich 1984, S. 179–205, bes. 204f.
- 28 W. Real, *Die Revolution in Baden 1848/49*, Stuttgart u. a. 1983, S. 62.
- 29 Vgl. Jucho (wie Anm. 13), 2. Lieferung sowie [L. Braunfels], *Der Fünfzigerschuß*, in: *Die Gegenwart* 4 (1850), S. 419–443.
- 30 Braunfels (wie Anm. 29), S. 442.
- 31 J. v. Radowitz, *Gesammelte Schriften*, Bd. 2: *Reden und Betrachtungen*, Berlin 1852, S. 40f.